

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

210 (4.8.1914) Extrablatt, Die deutsche Denkschrift zum Kriegsausbruch

Extrablatt der Karlsruher Zeitung.

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

Dienstag, den 4. August 1914.

13

Die deutsche Denkschrift zum Kriegsausbruch.

* Dem Reichstage gingen von der Regierung eine Denkschrift und die Aktenstücke zum Kriegsausbruch zu. Einleitend wird anschließend an die Serajewer Mordtat die serbische Politik mit ihrem auf die Revolutionierung und Losreißung österreichischer Landesteile gerichteten Ziel dargelegt.

Zum dritten Male in sechs Jahren führt Serbien Europa an den Rand eines Weltkrieges, weil es sich bei seinen Bestrebungen durch Rußland gestützt glaubte. Der Balkanbund brach über der Frage der Beuteverteilung zusammen, und ein neuer Balkanbund unter russischem Patronat sollte seine Spitze gegen den Bestand Österreich-Ungarns richten. Dem konnte Österreich nicht noch länger tatenlos zusehen. Aus vollem Herzen konnten wir die bezüglichen Mitteilungen unseres Bundesgenossen mit dem Einverständnis seiner Einschätzung der Sachlage beantworten und unsere Billigung zu einer Aktion, die er für notwendig hielt, um der serbischen Bewegung ein Ende zu machen,

auszusprechen. Wir konnten weder zur Nachgiebigkeit raten, noch unseren Bestand versagen, da auch unsere Interessen durch die andauernde serbische Wühlerei empfindlich bedroht waren, und ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des Panlawismus zusammenbrechendes Österreich wäre für uns kein beachtenswerter Bundesgenosse gewesen. Wir ließen daher Österreich völlig freie Hand in der Aktion gegen Serbien.

Die Denkschrift bespricht sodann die Entwicklung der österreichischen Schritte gegen Serbien und sagt: Von Anfang des Konfliktes an hatten wir den Standpunkt, daß es sich um eine Angelegenheit Österreichs handelte, die es allein mit Serbien auszutragen habe, und bestrebten uns daher, den Krieg zu lokalisieren, sowie die anderen Mächte von der berechtigten Notwehr Österreich-Ungarns zu überzeugen. Österreich teilte Rußland mit, es beabsichtige lediglich defensive Maßregeln gegenüber der serbischen Wühlerei, verlange aber Garantien für ein weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens. Es liege Österreich gänzlich fern, eine Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan herbeizuführen.

Am 26. Juli ließ die österreichisch-ungarische Regierung abermals durch ihren Petersburger Botschafter erklären, Österreich-Ungarn habe keinerlei Eroberungspläne. Im Laufe des gleichen Tages langten indes bereits erste Meldungen über die russische Mobilmachung an. Noch am gleichen Tage wurde der deutsche Botschafter in Petersburg angewiesen, der russischen Regierung zu erklären:

„Vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands werden uns Gegenmaßregeln aufzwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Da Austro-Ungarn den Bestand Serbiens nicht antasten will, sind wir der Ansicht, daß Rußland eine abwartende Stellung einnehmen kann. Den Wunsch Rußlands, den Bestand Serbiens nicht anzutasten, werden wir umso eher unterstützen können, als Österreich-Ungarn diesen Bestand gar nicht in Frage stellt.“

Am 27. Juli erklärte der russische Kriegsminister dem deutschen Militärattaché ehrenwörtlich, es sei noch keine Mobilmachungsordre ergangen. Die Frage, wozu die Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn erfolge, beantwortete der Kriegsminister mit Achselzucken und dem Hinweis auf die Diplomaten. An den folgenden Tagen folgten sich die Nachrichten über die russische Mobilisierung in schnellem Tempo, darunter über Vorbereitungen an der

deutschen Grenze, so die Verhängung des Kriegszustandes über Kowno, der Abmarsch der Warschauer Garnison und die Verstärkung der Alexandrower Garnison.

Am 27. Juli trafen die ersten Meldungen über vorbereitende Maßnahmen Frankreichs ein.

Am 26. Juli hatte Sir Edward Grey den Friedenskonferenzvorschlag gemacht. Dazu erklärten wir, wir könnten uns an einer derartigen Konferenz nicht beteiligen, so sehr wir ihre Tendenz billigten, da wir Österreich in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht zitieren könnten. Wir fanden uns bereit, auch einen weiteren Vorschlag Sir Edward Greys Wien zu übermitteln, in welchem angeregt wird, Österreich-Ungarn möchte sich entschließen, entweder die serbische Antwort als genügend zu betrachten oder als Grundlage für weitere Besprechungen. Österreich-Ungarn bemerkte zu dem Vorschlag, daß er nach der Eröffnung der Feindseligkeiten zu spät komme. Wir setzten die Vermittlungsversuche bis zum äußersten fort und rieten Wien, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen. Alle Vermittlungsaktionen wurden von den militärischen Vorbereitungen Rußlands und Frankreichs überholt. Am 29. Juli hatte der deutsche Botschafter eine Unterredung mit dem russischen Minister des Äußern, in welcher er erklärte, Österreich-Ungarn habe versprochen, durch die Erklärung seines territorialen Desinteresses Rücksicht auf russische Interessen zu nehmen; dieses sei ein großes Zugeständnis seitens eines kriegsführenden Staates, man sollte deshalb Österreich-Ungarn seine Angelegenheit mit Serbien allein regeln lassen. Der Botschafter fügte sehr ernst hinzu, daß augenblicklich die ganze österreichische Angelegenheit gegenüber der Gefahr einer europäischen Konflagration in den Hintergrund trete, und gab sich alle Mühe, dem Minister die Größe dieser Gefahr darzulegen.

Ebenfalls am 29. Juli berichtete der Militärattaché in Petersburg telegraphisch über jene Unterredung mit dem russischen Generalstabschef folgendes: „Der russische Generalstabschef bot mir eine schriftliche Bestätigung an und gab mir sein Ehrenwort in feierlichster Form, daß nirgends eine Mobilmachung erfolgt sei.“ Er (der Militärattaché) müsse das Gespräch in anbetragt der positiven zahlreichen Nachrichten über erfolgte Einziehungen als einen Versuch betrachten, Deutschland über den Umfang der bisherigen Maßnahmen irrezuführen.

Deutschland arbeitete Schulter an Schulter mit England unausgesetzt an der Vermittlungsaktion weiter. Sie unterstützten den Vorschlag in Wien, von dem Deutschland die Möglichkeit einer friedlichen Lösung erhoffte. Unterdessen kamen immer erneute und sich häufende Meldungen über russische Mobilisierungsmaßnahmen und Truppenansammlungen an der ostpreussischen Grenze, die Verhängung des Kriegszustandes über sämtliche wichtigen Plätze, der russischen Westgrenze, die keinen Zweifel daran ließen, daß die russische Mobilisierung auch gegen Deutschland in vollem Gange war, während gleichzeitig unserem Petersburger Vertreter gegenüber alle derartigen Maßregeln erneut ehrenwörtlich abgeleugnet wurden.

Noch ehe die Wiener Antwort auf den letzten englisch-deutschen Vermittlungsvorschlag eintreffen konnte, ordnete Rußland die allgemeine Mobilmachung an.

Am 31. Juli richtete der Zar an den Kaiser folgendes Telegramm:

„Ich danke Dir von Herzen für die Vermittlung, die die Hoffnung aufleuchten läßt, daß noch alles friedlich enden könnte. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreichs Mobilisierung notwendig geworden sind. Wir sind weit davon entfernt, Krieg zu wünschen. Solange die Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf. Ich vertraue mit aller Kraft auf Gottes Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittlung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und den Frieden Europas. Dein Dir herzlich ergebener Nikolaus.“

Der Kaiser antwortete: „Auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Deine Bitte um meine Hilfe habe ich eine Vermittlungsaktion zwischen Deiner und der österreichisch-ungarischen Regierung aufgenommen. Während diese Aktion im Gange war, sind Deine Truppen gegen das mir verbündete Österreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch, wie ich Dir schon mitteilte, meine Vermittlung beinahe illusorisch gemacht wurde. Trotzdem habe ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte ich zuverlässige Nachrichten über ernste Kriegsvorbereitungen auch in meiner Ostgrenze. Die Verantwortung für die Sicherheit meines Reiches zwingt mich zu defensiven Gegenmaßnahmen. Ich bin mit den Bemühungen, den Weltfrieden zu erhalten, bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Nicht ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblick liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und die Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg meiner Vermittlung hätte warten können. Die mir von meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist mir immer heilig gewesen. Ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen.“

Noch ehe dieses Telegramm seine Bestimmung erreichte, war die bereits am Vormittag desselben Tages angeordnete, offensichtlich gegen Deutschland gerichtete Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte im vollen Gange. Das Telegramm des Zaren aber war um 2 Uhr nachmittags aufgegeben worden. Die russische Regierung hat durch ihre, die Sicherheit des Reiches gefährdende Mobilmachung die mühsame Vermittlungsarbeit der europäischen Staatskanzleien kurz vor ihrem Erfolge zerschlagen. Die Mobilisierungsmaßnahmen, über deren Ernst der russischen Regierung von Anfang an keine Zweifel gelassen wurden, in Verbindung mit ihrer fortgesetzten Ablehnung, zeigen hier, daß Rußland den Krieg wollte. Die deutsche Botschaft in Petersburg hatte inzwischen den Auftrag erhalten, falls die russische Regierung innerhalb der gestellten Frist keine befriedigende Antwort auf unsere Anfrage erteile, der russischen Regierung die Kriegserklärung zu übermitteln. Ehe jedoch die Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen am 1. August die deutsche Grenze und rückten auf deutschem Gebiet vor. Hiermit begann Rußland den Krieg gegen Deutschland. Am 2. August eröffnete Frankreich seine Feindseligkeiten.

Verordnungen der Kaiserlichen Regierung

Erlassenen für das Großherzogthum Baden

Erlassen am 1. März 1811

Die deutsche Verfassung zum Kaiserthum

The text of the document is extremely faint and largely illegible. It appears to be a multi-column legal or administrative text, possibly detailing the implementation of the German Confederation's constitution. The visible fragments of text include words like "Verfassung", "Kaiserthum", "Baden", and "Erlassen".